

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Blotz. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise. Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Restameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 145

Dienstag, den 20. September 1932

50. Jahrgang

## Englische Absage an Deutschland

Eine Antwort zu den deutschen Gleichberechtigungsforderungen — Nur durch Verhandlungen kann Deutschland Entgegenkommen erwarten

London. Die englische Regierung hat eine längere Mitteilung veröffentlicht, in der sie nach einer Versicherung über ihre Bemühungen

zur Erörterung der Abrüstung und der Wiederherstellung der Wirtschaft ihre Beobachtungen zu dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung bekannt gibt.

Im Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz, auf die großen Zugeständnisse in der Reparationsfrage und auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnisse betrachtet

sie es als unglücklich, ungelegen und unanständig, daß Deutschland seine Forderung jetzt erhoben hat und erblickt darin erhebliche Nachteile.

Rechtlich sei die Lage so, daß der Teil 5 des Versailler Vertrages noch verbindlich sei und seine Wirkung nur durch allgemeine Übereinkunft verlieren könne. Deutschland sei nicht berechtigt zu dem Anspruch,

daß durch das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen einer Abrüstungskonvention der Teil 5 des Versailler Vertrages hinfällig werde,

weil die anderen Mächte ihr Versprechen nicht erfüllt hätten. Es sei auch keineswegs gesagt, daß die Art, wie die deutsche Abrüstung vollzogen sei, auch unbedingt auf die anderen Unterzeichnermächte Anwendung finden müsse. England sei aber der Ansicht, daß der deutsche Anspruch sich nicht aus juristischen Ableitungen aus dem Friedensvertrag ergebe,

sondern vielmehr eine Aufforderung zur Verletzung der Abrüstungen sei, weil die deutsche Abrüstung der Verkäufer für die Abrüstungen der anderen sein sollte.

England habe schon sehr weitgehend abgerüstet. Die englische Regierung macht dem folgenden Vorschlag: Sie erblide die Aufgabe der Abrüstungskonferenz darin, den Rahmen einer Abrüstungsvereinbarung, gestützt auf den Grundsatz zu schaffen, daß jeder Staat für sich durch Übereinkunft mit anderen eine Begrenzung auf sich nimmt, die er sich selbst auferlegt und freiwillig übernimmt, und zwar als ein Teil der gegenseitigen Verpflichtungen von einem Unterzeichnungsstaate dem anderen gegenüber.

Als Ergebnis der Vereinbarung wird es daher keinen Unterschied im „Status“ geben.

Die Abrüstungen eines jeden werden durch dieselbe Methode überwacht werden. Die Begrenzungen, die bereits durch die bestehenden Verträge — wie die Friedensverträge, die Flottenverträge von Washington und London — feststehen, werden, soweit sie nicht durch gegenseitige Übereinkunft abgeändert werden, in der freiwilligen und allumfassenden Übereinkunft wieder erscheinen, über die zu verhandeln man sich jetzt gerade anschickt. Dieses letzte Dokument wird es dann sein,

das eine wirksame Verpflichtung für alle ist.

Diese Auffassung von der Art und dem Zwecke der Abrüstungskonferenz gibt nach Ansicht der englischen Regierung die Antwort auf die Frage des Status, die in der Mitteilung der deutschen Regierung vom 29. August aufgeworfen worden ist. Die Note schließt damit, daß das Ziel sich nicht durch eine scharfe Herausforderung oder durch Nichtteilnahme an der Abrüstungskonferenz, sondern nur durch geduldige Verhandlungen im Verlauf einer Konferenz erreichen läßt.

## Zusammentritt des Verwaltungsrats der B33

Basel. Nach 2monatiger Unterbrechung traten am Sonntag nachmittag die Notenbankpräsidenten am Sitze der B33 in Basel zu ihrer üblichen Vorbereitungsversammlung zusammen. Das deutsche Gesuch um Aufhebung des Einspruchsrechts der B33 in die deutsche Diskontpolitik liegt dem Verwaltungsrat für die Montagssitzung vor. Die Genehmigung ist gesichert, nachdem Finanzdirektor Voße von der Reichsbank vor kurzem nochmals in Paris Rücksprache hierüber genommen hatte und auch die übrigen Notenbanken vor kürzerer oder längerer Zeit ihre Zustimmung gegeben haben. Da steht der Reichsbank der Weg zu der Zinsverbilligung und damit zur Aktivierung der neuen Kreditpläne: Steuerzuschüsse, Industriefinanzierungsaktiengesellschaft usw. offen. Dr. Luther unterrichtete die Gouverneure eingehend über diese Pläne, die die Produktion vermehren und das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft neu befestigen sollte. Die Frage der Ablösung des österreichischen 90 Millionen Schillingkredits, der im Juli bis zum 16. Oktober verlängert wurde, ist jedoch nicht spruchreif. Diese Angelegenheit wurde von den Notenbankpräsidenten kurz gestreift.

## Neuwahlen am 6. November?

Berlin. Amtl. wird mitgeteilt: Das Reichstagesamt beschloß in seiner Sonnabend-Sitzung, dem Herrn Reichspräsidenten den 6. November 1932 als Termin der Neuwahlen zum Deutschen Reichstag vorzuschlagen.

Das Kabinett setzte die Beratungen über die Wirtschaftsfragen fort und wird sie in einer Sitzung am Montag weiterführen.

## Litwinow bei Papen und Neurath

Berlin. Volkskommissar Litwinow, der heute auf der Durchreise nach Genf in Berlin eingetroffen ist, hat dem Reichkanzler von Papen und dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath einen Besuch abgestattet. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath veranstaltete ein Frühstück für den Volkskommissar.

## Belgischer Völkerbundsvertreter erkennt Deutschlands Recht an

Brüssel. Der belgische Völkerbundsvertreter Henri Rolin erklärt in der sozialistischen Zeitung „Le Peuple“, man müsse ohne Vorbehalt das Recht Deutschlands auf Gleichberechtigung anerkennen und sich nicht mehr hinter der Unverletzlichkeit des Vertrages von Versailles verstecken, nachdem die alliierten Staaten darauf verzichtet hätten, die Bestimmungen des Vertrages auf sich selbst anzuwenden. Die früheren alliierten Länder seien verpflichtet, die Maßnahmen auf sich selbst anzuwenden, deren Durchführung sie von anderen unter strenger internationaler Kontrolle verlangten.

## Verkehrsunfall eines Arbeitertransportes

Sechs Tote, 13 Verletzte.

Madrid. In Ubeda stieß ein mit Arbeitern besetzter Lastkraftwagen mit einem entgegenkommenden elektrischen Motorwagen zusammen. Sechs Arbeiter wurden getötet und 13 schwer verletzt.

## Nachtkampf um den Völkerbund

Festigung der französisch-englischen Einflüsse — Ausschaltung Deutschlands und Italiens Die Konferenz von Stresa

Genf. Nach Mitteilung von gut unterrichteter Seite soll zwischen der englischen und französischen Regierung eine Einigung über die Neuregelung in der hohen politischen Leitung des Generalsekretariats des Völkerbundes im wesentlichen zustande gekommen sein. Danach soll an dem bisherigen System der Ausübung und Führung des Völkerbundssekretariats ausschließlich durch die Vertreter Englands und Frankreichs in einer veränderten Form festgehalten werden. Der Generalsekretär des Völkerbundes soll anstelle des ausscheidenden Sir Eric Drummond der bisherige französische Stellvertreter Generalleutnant Aeneas werden. Die Posten des deutschen, des italienischen und des japanischen Untergeneralsekretärs sollen abgeschafft werden. Der italienischen Regierung will man den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs, jedoch ohne jegliche politische Machtbefugnisse anbieten. Der englische Einfluß im Völkerbundssekretariat soll in der Weise gesichert werden, daß dem Schatzmeister des Völkerbundssekretariats, einem Engländer, außerordentliche Vollmachten eingeräumt werden, die soweit gehen, daß alle Angelegenheiten und damit die Inangriffnahme einer jeden neuen Arbeit von der Zustimmung des Schatzmeisters abhängig gemacht werden. Der Schatzmeister soll im Streitfall sogar den Generalsekretär des Völkerbundes vor den Kontrollausschuß des Völkerbundes bringen können. Damit würden praktisch die gesamten Arbeiten des Völkerbundssekretariats in Abhängigkeit von der englischen Zustimmung gelangen. Nach diesem englischen Plan ist nicht beabsichtigt, Deutschland oder Italien irgendwelchen maßgebenden politischen Einfluß an der künftigen politischen Gesamtleitung des Völkerbundssekretariats einzuräumen. — Diese englisch-französische Einigung soll bereits auf der Tagesordnung der bevorstehenden Vollversammlung des Völkerbundes stehen.

## Deutschland und die Umbildung des Völkerbundssekretariats

Berlin. Zu den Meldungen über die geplante Umbildung des Völkerbundssekretariats wird v. zuständiger Stelle erklärt, bekanntlich müsse sich die Völkerbundsversammlung im September mit dieser Angelegenheit beschäftigen, da der Generalsekretär Drummond seinen Rücktritt erklärt habe. Innerhalb des Völkerbundes beständen zwei Strömungen, die eine wolle die Untersekretäre abschaffen, während die andere sie beibehalten wolle. Für Deutschland komme es hauptsächlich darauf an, daß die Einwirkungsmöglichkeiten des deutschen Vertreters im Völkerbundssekretariat gewahrt bleiben. Die Personenfrage komme erst in zweiter Linie.

Keine Einigung daher Einsetzung eines Sonderausschusses.

Stresa. Der letzte Abschnitt der Streser Konferenz hat begonnen. Der von dem Berichterstatter Zeelands fertigestellte Vorentwurf über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen des Finanzausschusses ist am Sonnabend vermittags im Finanzausschuß zur Aussprache gekommen. Er stieß auf sehr erheblichen Widerspruch. Die Schuldnerstaaten behaupten, daß darin in ganz einseitiger Weise der Standpunkt der Gläubigerstaaten bevorzugt sei und daß er im übrigen nur Allgemeinplätze enthalte. Wegen dieses Widerspruchs der Schuldnerländer hat man einen Sonderausschuß eingesetzt, der den Bericht unredigieren soll.

Der deutsche Vertreter, Ministerdirektor Voße, erklärte zu Beginn der Sitzung, daß Deutschland sich außerstande sehe, neue zusätzliche Verpflichtungen zu übernehmen und daß daher ein finanzieller Beitrag für den „gemeinsamen Fonds“ nicht in Frage komme.



Der Amtsantritt des neuen Präsidenten von Mexiko

Abelardo Rodriguez leistet in der Deputierten-Kammer in Mexiko-Stadt feierlich den Eid auf die Verfassung. — Rodriguez, der erst 35 Jahre alt ist, wurde nach dem Rücktritt des Präsidenten Ortiz Rubio zu dessen Nachfolger gewählt.

